

Erklärung des Kashag zum fünfundsechzigsten Jahrestag des tibetischen Nationalaufstandes

Heute ist der fünfundsechzigste Jahrestag des Aufstandes der Tibeter aus den drei traditionellen Provinzen gegen die Unterdrückung der chinesischen kommunistischen Kräfte in der tibetischen Hauptstadt Lhasa im Jahr 1959; der fünfunddreißigste Jahrestag des Kriegsrechts, das am 5. März 1989 nach aufeinanderfolgenden friedlichen Protesten in Lhasa in den Jahren 1987, 1988 und 1989 verhängt wurde, und der sechzehnte Jahrestag der friedlichen Proteste, die 2008 in ganz Tibet ausbrachen. Und seit 2009 haben sich 157 Tibeter für die Sache Tibets selbst verbrannt. Zu diesem ernstesten Anlass gedenken wir unserer Landsleute, die ihr Leben für die Sache Tibets gegeben haben, und beten zu Ehren derer, die ihr Leben für diese Sache gegeben haben. Wir sind solidarisch mit denen, die immer noch unter der chinesischen Besatzung leiden.

Wenn wir heute über die Zukunft unseres Tibets nachdenken, können wir die jüngste Entwicklung der Ereignisse in Tibet und darüber hinaus nicht ignorieren. Derzeit dauert die russische Invasion in der Ukraine seit mehr als zwei Jahren, der Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza hat Eurasien verschlungen und die mächtigen Nationen schmieden weiterhin Allianzen. Chinas schrumpfende Wirtschaft, gepaart mit der zunehmenden Unterdrückung von Grundrechten und der Umsetzung repressiver Politiken, haben zu einer beispiellosen Bedrohung für das Überleben der unverwechselbaren tibetischen nationalen Identität geführt.

Die Politik der chinesischen Regierung, die tibetische Identität seit ihrer Invasion in Tibet auszulöschen, wird seit über siebzig Jahren unvermindert fortgesetzt. Im Laufe des Jahrzehnts hat die chinesische Regierung ihre allgegenwärtigen kommunistischen Parteiorganisationen auf die Basisebene ausgeweitet, den massiven Bevölkerungstransfer innerhalb und außerhalb Tibets beschleunigt und die Kontrolle über die Bewegungen und das tägliche Leben der Tibeter verschärft, indem sie Zehntausende von Arbeitsteams durch Tibet entsandt hat. Zusätzlich zur Überwachung durch das Orwellsche Grid-Management droht den Tibetern auch transnationale Repression, indem sie gezwungen werden, sich gegenseitig auszuspionieren. Die chinesische Regierung verfolgt mit großer Energie eine Politik, die darauf abzielt, "ein starkes Gefühl für das Chinesische als einzige Identität zu schaffen", indem sie die tibetische Identität auslöscht; "Förderung der chinesischen Sprache" durch das Verbot des Unterrichts und des Gebrauchs der tibetischen Sprache und der "Sinisierung des tibetischen Buddhismus". Die Umdeutung des Inhalts buddhistischen Kanons an die kommunistische Ideologie und die Manipulation der klösterlichen Disziplin und die Durchsetzung der Kampagne zur "patriotischen Erziehung" in jedem tibetischen Haushalt zielen darauf ab, die besondere Religion, Kultur und Sprache Tibets auszulöschen. Der Kashag hat diese politischen Maßnahmen in seinen früheren Stellungnahmen hervorgehoben.

In jüngster Zeit hat die chinesische Regierung verschiedene Vorschriften und politische Dokumente umgesetzt und herausgegeben, die gegen die Grundprinzipien der Verfassung und des Gesetzes über die regionale nationale Autonomie verstoßen. Bei dieser Gelegenheit möchte der Kashag hervorheben, wie diese Vorschriften und Richtlinien benutzt werden, um die tibetische Sprache und Religion zu untergraben.

1. Marginalisierung der tibetischen Sprache

Die chinesische Verfassung und das Gesetz über die regionale nationale Autonomie haben die autonomen Regionen ermächtigt, Vorschriften über die Ausübung der Autonomie und separate Vorschriften zu erlassen. Die sogenannten zehn "Autonomen Präfekturen Tibets" und zwei "Autonome Landkreise", die in die chinesischen Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan eingegliedert sind, haben in den 1980er Jahren autonome Regelungen in ihren jeweiligen Gebieten

erlassen. Bisher wurden in der sogenannten Autonomen Region Tibet jedoch keine derartigen Regelungen erlassen.

Obwohl die designierten Selbstverwaltungsorgane der tibetischen autonomen Gebiete weniger gesetzgebende Befugnisse erhalten als die chinesischen Provinzen, sehen die Vorschriften der autonomen Präfekturen und Landkreise vor, dass die Leiter der verschiedenen Regierungsorgane Tibeter sein müssen; Die Organe des autonomen Gebiets müssen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowohl Tibetisch als auch Chinesisch als Amtssprachen verwenden; die tibetische und die chinesische Sprache werden für die Einstellungsprüfung verwendet; Die tibetische Sprache muss das Hauptmedium des Unterrichts in Grund- und Mittelschulen sein; die tibetische Sprache und der Lehrplan für tibetische Fachkurse an Universitäten und Berufsschulen in ihren jeweiligen Gebieten, und die Regierungsorgane müssen die traditionelle tibetische Kultur fördern. In ähnlicher Weise erleichterte die in den 1990er Jahren erlassene „Verordnung über die tibetische Spracharbeit“ den autonomen Gebieten die Einrichtung von Büros, die das Erlernen und den Gebrauch der tibetischen Sprache umsetzen. Die Schulbuchredaktionen wurden von den jeweiligen Provinzen oder durch die Zusammenarbeit von Provinzen und autonomen Regionen eingerichtet.

In ähnlicher Weise kündigte der "TAR"-Volkskongress 1987 mit beharrlichen Bemühungen des 10. Panchen Rinpoche und Ngabo Ngawang Jigme einen Mechanismus für das Erlernen, den Gebrauch und die Förderung der tibetischen Sprache auf Versuchsbasis an. Er legte fest, dass Tibetisch das Unterrichtsmedium an Grund- und Mittelschulen sein sollte; Regierungsstellen auf niedrigerer Ebene können sich weigern, den Empfang offizieller Schreiben von höheren Stellen zu bestätigen, wenn diese nicht in tibetischer Sprache verfasst sind, und niedrigere Regierungsstellen können ihre offiziellen Briefe an höhere Stellen in tibetischer Sprache schreiben. Das Dokument verblieb jedoch etwa fünfzehn Jahre lang auf Probe, und sein Inhalt wurde durch Änderungen in den Jahren 2002 und 2019 widerrufen. Er wurde ersetzt durch "Pflichtschulen, in deren Verlauf Kurse in tibetischer und chinesischer Sprache mit Tibetisch und Chinesisch als grundlegendem Unterrichtsmedium formuliert werden, wodurch der Status des Tibetischen auf eine optionale Sprache reduziert wird.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass das "Gesetz der Volksrepublik China über den nationalen Standard der gesprochenen und geschriebenen Sprache", wie in Artikel 4 der chinesischen Verfassung festgelegt, auch garantiert, dass "alle Nationalitäten die Freiheit haben, ihre eigenen gesprochenen und geschriebenen Sprachen zu verwenden und zu entwickeln". In ähnlicher Weise sehen das Bildungsgesetz der VR China und das Gesetz über die regionale nationale Autonomie und das Gesetz über die obligatorische Schulbildung von 1986 vor, dass "Schulen und andere Bildungseinrichtungen mit Schülern, die hauptsächlich ethnischen Minderheiten angehören, ihre eigenen gesprochenen und geschriebenen Sprachen für den Unterricht verwenden dürfen". Die Bestimmungen, die die Verwendung der eigenen Sprache in Wort und Schrift für den Unterricht vorschreiben, wurden jedoch aus dem revidierten Schulpflichtgesetz von 2006 gestrichen. Ähnliche Bestimmungen im Schulpflichtgesetz oder in der Verordnung über autonome Gebiete, Präfekturen und Landkreise, die entweder geändert oder aufgehoben wurden, finden sich in der Verordnung über die tibetisch autonome Präfektur Malho von 2021 und der Verordnung über die Arbeit in tibetischer Sprache von 2023.

Da sich die von der chinesischen Zentralregierung erlassenen Gesetze über den Unterricht und den Gebrauch der tibetischen Sprache selbst widersprechen, stehen die Gesetze der autonomen Region, der Präfekturen und der Länder im Widerspruch zueinander und sogar zu ihren eigenen Verordnungen. Unabhängig davon, ob China durch Gesetz regiert wird oder nicht, sind die von der chinesischen Zentralregierung formulierten Gesetze, die entweder gegen die Verfassung oder das Gesetz über die regionale nationale Autonomie verstoßen, die Hauptkräfte, die die tibetische Sprache untergraben. Bizarrerweise werden solche Gesetze entweder viele Jahre nach dem Verbot

des Unterrichts der tibetischen Sprache überarbeitet oder enthalten immer noch Verweise auf die das Tibetische oder das Chinesische als Unterrichtssprache.

Besorgniserregend ist, dass die chinesische Regierung rund eine Million tibetische Kinder in Internate im Kolonialstil gezwungen und das Unterrichtsmedium vom Tibetischen ins Chinesische umgestellt hat. Darüber hinaus wurden gesetzliche Vorkehrungen getroffen, um die chinesische Sprache in einer großen Anzahl von Kindergärten in ganz Tibet zu fördern. Infolgedessen wird den tibetischen Kindern nicht nur das Recht verwehrt, ihre eigene Sprache zu lernen und zu verwenden, sondern sie werden auch von ihrer traditionellen Weltanschauung, ihrem Glauben und ihrer Haltung abgeschnitten, was zu einer Generation führt, die von Zwangsassimilation betroffen ist. Dies verstößt nicht nur gegen verschiedene Konventionen der Vereinten Nationen und internationale Gesetze, sondern negiert auch die Verfassung der VR China.

2. Zerstörung des tibetischen Buddhismus

Aufgrund der Reform- und Öffnungspolitik in den 1980er Jahren hatten viele Tibeter innerhalb und außerhalb Tibets für kurze Zeit die Möglichkeit, ihre Familien und Verwandten zu besuchen. In dieser Zeit wurde auch eine relative Freiheit der Religionsausübung und die Wiederbelebung des Buddhismus gewährt. Seit Anfang der 1990er Jahre hat die chinesische Regierung jedoch damit begonnen, den Religionsstudien einzuschränken, die Kontrolle über die Verwaltung religiöser Einrichtungen zu verstärken und religiöse Lehrer, die im Exil ausgebildet wurden, um in Tibet zu unterrichten, einzuschränken. Sogar einige tibetische Lehrer wurden aus Tibet ausgewiesen. In ähnlicher Weise wurde Mitte der 1990er Jahre eine patriotische Erziehungskampagne gestartet, um sie zu zwingen, "den Dalai Lama und die Separatisten" zu denunzieren. Schließlich wurde diese Praxis auf gewöhnliche Tibeter und tibetische Schulen ausgeweitet.

Im Jahr 2017 setzte der chinesische Staatsrat die überarbeiteten Vorschriften für religiöse Angelegenheiten durch, um die Kontrolle über religiöse Gruppen, religiöse Schulen und Institutionen, Orte für religiöse Aktivitäten, religiöse Persönlichkeiten, religiöse Praktiken und Klostereigentum zu verschärfen. Die Verordnung schreibt auch vor, dass die Anerkennung und Inthronisierung von wiedergeborenen religiösen Personen entweder von der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der Volksregierung auf Provinzebene und darüber oder von der Zentralregierung genehmigt werden muss. Diese Verordnung beinhaltet auch ein Instrument, um jeden zu bestrafen, der gegen diese Verordnung verstößt.

Darüber hinaus haben die staatliche Verwaltung für religiöse Angelegenheiten und das Finanzministerium im Jahr 2022 die Finanzverwaltungsmaßnahmen für religiöse Veranstaltungsorte eingeführt, die festlegen, dass das gesamte Vermögen religiöser Körperschaften (Klöster und Tempel) im Besitz des Staates sein wird. Es schreibt vor, dass religiöse Institutionen ihre finanziellen Einnahmen und Ausgaben jährlich an die zuständigen Abteilungen der chinesischen Regierung melden müssen.

In ähnlicher Weise schreiben die von der staatlichen Verwaltung für religiöse Angelegenheiten im Jahr 2023 durchgesetzten Maßnahmen zur Verwaltung religiöser Stätten vor, dass religiöse Einrichtungen demokratische Verwaltungsausschüsse einrichten müssen, die sich aus religiösen Persönlichkeiten, Vertretern der örtlichen Religionsgemeinschaften und anderem einschlägigen Personal zusammensetzen, die wiederum von einem Ausschuss aus lokalen religiösen Gruppen kontrolliert werden. Bei der Durchführung religiöser Aktivitäten erzwingt diese Maßnahme die Förderung des Gemeinschaftsgefühls für die chinesische Nation, und die Verwendung der chinesischen Sprache und der religiösen Stätten muss chinesische Merkmale in Bezug auf Stil, Architektur, Skulptur, Malerei und Dekoration widerspiegeln.

Darüber hinaus heißt es in den 2021 in Kraft getretenen Maßnahmen der Autonomen Region Tibet zur Verwaltung religiöser Angelegenheiten, dass "religiöse Aktivitäten auf der Grundlage der Bedürfnisse der Zeit und der hervorragenden traditionellen chinesischen Kultur" durchgeführt werden müssen. In ähnlicher Weise sollten die "klösterlichen Regeln und Disziplinen verbessert und reformiert werden". "Der Lehrplan religiöser Institutionen sollte Kurse über Politik, Gesetze, Vorschriften und Richtlinien, die chinesische Sprache und Geschichte, die Geschichte der Beziehung zwischen Tibet und dem Mutterland, den Aufbau eines starken Gefühls für die Gemeinschaft der chinesischen Nation und die moderne Wissenschaft beinhalten. Diese Studien müssen 30% der klösterlichen Ausbildung ausmachen. "Der Prozess der Anerkennung des Erbes und der Nachfolge des Lebenden Buddha des tibetischen Buddhismus muss in Übereinstimmung mit den Maßnahmen für die Verwaltung der Reinkarnation des Lebenden Buddha des tibetischen Buddhismus und den einschlägigen Vorschriften der autonomen Region gehandhabt werden. Sie sollte nicht der Einmischung und Kontrolle ausländischer Organisationen oder Einzelpersonen unterworfen werden."

In ähnlicher Weise werden auf allen Regierungsebenen bis hin zu den Gemeinden lokale Inspektionsorgane eingerichtet, denen Aufgaben zur Überwachung religiöser Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft zugewiesen werden. Verbindungsoffiziere für religiöse Angelegenheiten und Geheimdienstmitarbeiter werden von religiösen Verwaltungskomitees auf Dorfebene ernannt, um "separatistische und saboteurische Aktivitäten im Namen der Religion zu stoppen" und Stupas, Tempel und Gebetssteine, Gebetsfahnen, Weihrauchverbrennungsanlagen usw. zu beaufsichtigen und zu verwalten und Aktivitäten zu unterbinden, die "die Religion dazu benutzen, sich in die administrativen, gerichtlichen, Bildung, Eheschließung und andere Tätigkeiten.

Die 2023 überarbeitete "Verordnung über die Verwaltung religiöser Angelegenheiten" der tibetischen autonomen Präfektur Karze enthielt fast alle oben genannten Klauseln. Zum Beispiel müssen Mönche und Nonnen, die religiöse Aktivitäten in Gebieten außerhalb ihres Verwaltungsgebiets ausüben wollen, die Zustimmung des lokalen demokratischen Verwaltungskomitees und der buddhistischen Vereinigung auf Bezirksebene einholen, woraufhin die buddhistischen Vereinigungen beider Verwaltungsbezirke ihres Wohnortes und der Veranstaltungen, in denen die Aktivitäten stattfinden sollen, diese bei der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der jeweiligen Lokalregierung einreichen müssen. In Artikel 42 gibt es eine Bestimmung, die alle Klöster und Nonnenklöster verpflichtet, der Provinzregierung vor Ende eines jeden Jahres Pläne über den Umfang und die Anzahl der religiösen Aktivitäten zur Genehmigung vorzulegen und keine Änderungen vorzunehmen, die dem vorgeschlagenen Plan zuwiderlaufen.

Kurz gesagt, diese Vorschriften zielen darauf ab, die Anzahl, die Anerkennung, die Wählbarkeit und den Lehrplan von Mönchen und Nonnen und den Besitz, die finanziellen Einnahmen und Ausgaben sowie die Verwaltung von Klöstern und Nonnenklöstern direkt zu kontrollieren. Es eignet sich auch die Autorität des tibetischen Volkes an, die Reinkarnation von Trulkus zu wählen, die religiösen Aktivitäten und die Bewegungsfreiheit von Mönchen und Nonnen in den Verwaltungsgebieten einzuschränken. Diese zusätzlichen und extremen Maßnahmen erweitern die bestehenden Vorschriften und Gesetze der chinesischen Zentralregierung, die bereits in Kraft sind, um den tibetischen Buddhismus zu kontrollieren.

Berichte über willkürliche Schläge, Verhaftungen, Inhaftierungen und Verurteilungen von tibetischen Mönchen, Nonnen, Lehrern, Studenten, Schriftstellern und einfachen Leuten gehen unvermindert weiter, seit in den letzten dreißig Jahren eine patriotische Bildungskampagne in Tibet gestartet wurde. Viele fürchten Chinas neues und weitreichendes "Patriotisches Bildungsgesetz",

das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist und den Behörden die Befugnis gibt, Beamte zu bestrafen und zur Rechenschaft zu ziehen. All dies deutet auf die bevorstehende Herausgabe von politischen Dokumenten hin, die in Tibet unermesslich drakonischer sein werden. Nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz und dem Anti-Terror-Gesetz von 2023 wird ganz Tibet von der chinesischen Regierung als Quelle von Konflikten und Sicherheitsbedrohung betrachtet. Eine solche Wahrnehmung wird zweifellos zu willkürlicher Unterdrückung und Inhaftierung führen.

Wie in der Erklärung des Kashag vom 10. März letzten Jahres über die erzwungene und massenhafte Umsiedlung der tibetischen Bevölkerung hervorgehoben wurde, die angeblich im Namen der Erhaltung der Umwelt in Zentraltibet durchgeführt wurde, und über Staudammprojekte entlang der großen Flüsse Machu (Gelber Fluss), Driчу (Jangtse) und Zachu (Mekong) in den Regionen Kham und Amdo, hat China vor kurzem angeordnet, örtliche Tibeter aus dem Gebiets Wonpoto in Dege in Osttibet umzusiedeln, um den Bau des Kamthok-Staudamms am Fluss Driчу durchzuführen. Am 14. Februar tauchten Videoaufnahmen aus Dege auf, die eine große Anzahl von Tibetern in Wonpoto zeigen, die sich an die örtlichen Regierungsbehörden wenden und von chinesischen Sicherheitskräften umzingelt werden. Später, am 20. Februar, zeigten weitere Aufnahmen Tibeter, die vor Verzweiflung knieten und weinten, während sie chinesische Beamte anflehten. Diese Aufnahmen bieten einen seltenen Einblick in die wirkliche Notlage und das Leiden des tibetischen Volkes. Die Umsetzung dieses Staudammprojekts ist erdbebengefährdet und wird zum Verlust von unschätzbaren buddhistischen Kulturrelikten und Artefakten in den sechs Klöstern aus dem 13. Jahrhundert, zum Verlust von Wohlergehen und Lebensunterhalt von Tausenden von Tibetern und zur Schädigung der Ökologie führen. Solche Handlungen, die ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen begangen werden, sind denen eines Rowdys nicht unähnlich.

Während der vierten Universellen Periodischen Überprüfung der Menschenrechtslage in China durch den UN-Menschenrechtsrat haben mehr als 20 Länder das Thema Tibet angesprochen - mehr als doppelt so viele wie bei der letzten Überprüfung - und ausdrücklich ihre Besorgnis über Chinas Assimilation tibetischer Kinder durch Internate im Kolonialstil und die Sinisierung des tibetischen Buddhismus zum Ausdruck gebracht.

3. Unsere Hoffnung und unser Appell

Wir haben keine Einwände gegen das Erlernen der chinesischen Sprache oder einer anderen Sprache durch tibetische Kinder. Wir fordern jedoch die chinesische Regierung auf, den Tibetern zu erlauben, Tibetisch als offizielle Sprache zu lernen, zu verwenden und zu fördern, wie es in der chinesischen Verfassung und dem Gesetz über regionale nationale Autonomie garantiert ist. Der Gebrauch der tibetischen Sprache in den Verwaltungen in ganz Tibet und der tibetische Unterricht in Schulen, Hochschul- und Berufsbildungszentren mit Tibetisch als Unterrichtssprache sollten wiederhergestellt werden. Ebenso müssen die tibetische Sprachprüfung bei der Aufnahmeprüfung für Universitäten und die Einstellungsprüfung für Regierungspersonal wieder eingeführt werden. Wir fordern die chinesische Regierung auf, glaubhaft anzuerkennen, dass dies nicht nur grundlegende Bestimmungen für die Umsetzung der regionalen nationalen Autonomie sind, sondern auch die Grundlage für die Gleichheit und Harmonie aller Nationalitäten.

Als Tibet von der mongolischen Yuan-Dynastie bis zur Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas eine Priester-Patron-Beziehung etablierte, gewährte der tibetische Buddhismus den Kaisern und dem Volk Chinas unermüdlich spirituelle Führung, von der sowohl der Priester als auch der Patron immens profitierten. Trotz der Tatsache, dass der tibetische Buddhismus der Regierung und dem Volk Chinas sicherlich helfen kann, sollte ihre edle traditionelle Kultur vor dem Niedergang stehen, handelt die chinesische Regierung auch heute noch gegen die Werte, indem sie rücksichtslos

auf Unterdrückung und Zerstörung zurückgreift. Tragischerweise wird dies nur dazu führen, dass die Interessen sowohl des tibetischen als auch des chinesischen Volkes verletzt werden.

Obwohl die chinesische Regierung versucht hat, den Inhalt des buddhistischen Kanons so umzudeuten, dass er ihrer Ideologie entspricht, und ihn als hervorragende traditionelle chinesische Kultur darzustellen, kann sie nicht einmal die Grundlagen der buddhistischen Philosophie und buddhistischen Wissenschaft heranreichen. Die tibetisch-buddhistische Kultur, die auf der Kernpraxis der Liebe, des Mitgefühls und des Altruismus basiert, wird dem gewalttätigen und revolutionären Kampf gegenübergestellt, der auf der Selbstvermarktung des kommunistischen Regimes aufbaut. Folglich ist es sehr besorgniserregend, dass gewöhnliche Anhänger des tibetischen Buddhismus in Tibet ständiger Bedrohung durch Verfolgung und Wut ausgesetzt sind. Die katastrophale Lage in Tibet wird durch die Tatsache untermauert, dass Tibet im am 29. Februar veröffentlichten Bericht von Freedom House für 2024 bei den politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten null Punkte erzielte.

Wir möchten der chinesischen Führung mitteilen, dass die tibetische Zentralverwaltung entschlossen ist, den Ansatz des Mittleren Weges zu verfolgen, um den chinesisch-tibetischen Konflikt durch Dialog zu lösen. Es ist an der Zeit, dass die chinesische Regierung ihre fehlgeleitete Politik der Auslöschung der tibetischen Identität sofort beendet und Abhilfemaßnahmen einleitet. Wir bekräftigen nachdrücklich, dass die chinesische Regierung die Auswirkungen ihrer repressiven Politik, die zu tiefen Wunden und Feindseligkeiten zwischen dem tibetischen und dem chinesischen Volk führen könnte, nicht falsch einschätzen sollte.

Wir rufen die Tibeter in Tibet auf, die legalen Mittel zu nutzen, um den lokalen Regierungen rechtzeitig Vorschläge für ihre falschen und extremen politischen Maßnahmen zur Wahrung der Rechte des tibetischen Volkes zu geben, die durch die chinesische Verfassung und das Gesetz über die regionale nationale Autonomie garantiert werden.

Am sechsten Tag des tibetischen Neujahrsfestes, dem 15. Februar 2024, verabschiedete das US-Repräsentantenhaus mit überwältigender Mehrheit den parteiübergreifenden Gesetzentwurf "Promoting a Resolution to the Tibet-China Dispute Act", der zeigt, dass die Wahrheit nicht durch Lügen und Unwahrheiten verschleiert werden kann. Wir danken und applaudieren von ganzem Herzen den Mitgliedern des US-Kongresses für ihre Unterstützung von Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir hoffen, dass dieses historische Gesetz, das mit der Strategie des 16. Kashag übereinstimmt, den historischen Status Tibets als unabhängiges Land anzuerkennen, im US-Senat verabschiedet wird. Es wird auf jeden Fall andere demokratische Länder inspirieren. Es wird den Geist und die Entschlossenheit des tibetischen Volkes, seine nationale Identität am Leben zu erhalten, außerordentlich stärken. Der Kashag wird in dieser Hinsicht auch weiterhin auf andere Länder zugehen.

Die unerschütterliche Hoffnung und Entschlossenheit unserer tibetischen Brüder und Schwestern in Tibet sind die treibende Kraft für die Entschlossenheit des 16. Kashag, die gerechte Sache Tibets zu verwirklichen. Zu diesem Zweck wurden den tibetischen Ämtern klare und spezifische Zuständigkeiten übertragen. Sikyong und Kalons führen Advocacy-Kampagnen durch, indem sie sich an Regierungen, Parlamente, Denkfabriken und Medien wenden. Ebenso haben über 500 Aktivisten der Voluntary Tibet Advocacy Group (V-TAG) wirkungsvolle Kampagnen in 32 Regionen durchgeführt. Kürzlich nahmen rund 170 Teilnehmer aus über 40 Ländern an der 9. Internationalen Konferenz der Tibet-Unterstützungsgruppen teil, die erfolgreich in Brüssel abgehalten wurde. Unter dem Segen Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und der Unterstützung der Staatsorakel und geleitet von einer Strategie der Zusammenarbeit und des Fortschritts haben uns diese Bemühungen geholfen, die Tibet-Frage auf eine neue Ebene auf der internationalen Bühne zu

katapultieren. Der Kashag bedankt sich bei allen, die dies möglich gemacht haben. Nichtsdestotrotz müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen bündeln, bis die Tibet-Frage gelöst ist.

Seine Heiligkeit der Dalai Lama hat die Tibeter auf einzigartige Weise auf den Weg der Demokratie geführt und ein lebendiges demokratisches System im Exil errichtet. Deshalb haben die Tibeter, die in den freien Ländern leben, die unvermeidliche Pflicht, sie stark, effizient und nachhaltig zu machen. In der Zwischenzeit müssen wir alle Chancen nutzen, die sich aus der sich verändernden globalen Situation und den Maßnahmen der chinesischen Regierung ergeben. Wir fordern die Tibeter auf, unseren Gegner nicht zu versäumen, Einheit zu schmieden und gemeinsame Anstrengungen im größeren Interesse unserer gemeinsamen Sache zu unternehmen. Gleichzeitig müssen die Tibeter wachsam bleiben und sich der heimtückischen Taktik der chinesischen Regierung entgegenstellen, in unsere Exilgemeinde einzudringen und Mittel transnationale Unterdrückung einzusetzen.

Bei dieser Gelegenheit möchte der Kashag der Regierung und dem Volk Indiens, der Vereinigten Staaten und anderer Länder sowie den Tibet-Unterstützern auf der ganzen Welt, die sich für Wahrheit und Freiheit einsetzen, seine tief empfundene Dankbarkeit aussprechen. Da die tibetische Identität existenziell bedroht ist, sind Sie unser Rückgrat und unsere Quelle der inneren Kraft, um unseren Kampf für die Freiheit am Leben zu erhalten.

Schließlich bete ich für das lange Leben Seiner Heiligkeit des Dalai Lama. Möge die Wahrheit über die Sache Tibets siegen! Mögen die Tibeter in Tibet und die im Exil lebenden Menschen wieder vereint werden.

Der Kashag
10. März 2024